

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktionsort: Nachrichten Dresden
Bismarck-Strasse 10
Telefon-Nr. 20011
Schließung u. Hauptgeschäftsstelle:
Dresden - K. L. Marienstraße 24/25

Bezugspreis vom 1. Juli 1930 bei gleichzeitiger Zahlung von 1,20 RM.
Bezugspreis für Monat Juli 3,60 RM. einschließlich 20 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr).
Wochenpreis 1,20 RM., außerhalb Dresdens 1,50 RM. Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach
Wochenpreis berechnet: die einseitige 30 mm breite Zeile 25 Pfg., für anderwärts 40 Pfg. Sonntags-
anzeigen mit Stellenanzeigen ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 20 mm breite Kleinanzeige
100 Pfg., außerhalb 120 Pfg. Offertengeld 30 Pfg. Kustodiertrüge gegen Vorauszahlung

Verlag: Neudruck & Reichardt,
Dresden, Bismarck-Str. 10/11
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung
(Dresden, Nachr.) zulässig. Unrechtmäßige
Schneiderei werden nicht aufbewahrt

Furchtbares Grubenunglück bei Neurode

67 Bergleute tot, 75 in Lebensgefahr

Breslau, 9. Juli. Am Mittwochnachmittag gegen 4 Uhr ereignete sich auf dem Kurtschacht der Wenzeslaus-Grube in Hausdorf bei Neurode ein schweres Bergwerksunglück durch einen Kohlenäureausbruch auf der zweiten und dritten Sohle. Die Rettungsmannschaften der umliegenden Gruben arbeiten fieberhaft an den Rettungsarbeiten. Von der Waldenburger Haupttreftungsstelle sind zwei Autos mit Rettungsmannschaften und notwendigen Rettungsvorrichtungen erschienen. Bis 9,50 Uhr waren 67 Tote geborgen. 49 Personen, der größte Teil mit Vergiftungserscheinungen, sind ins Lazarett eingeliefert worden.

Die Bergungsarbeiten gestalten sich außerordentlich schwierig, da die Kohlenäure das Vordringen der Rettungsmannschaften stark behindert.

Bis 12,30 Uhr nachts sind nach Mitteilungen der Verwaltung der Wenzeslaus-Grube keine weiteren Bergungslücken lebend geborgen worden. Auch die Zahl der Toten hat sich nicht verändert. Nach ärztlichen Mitteilungen werden alle 49 ins Knappschaftslazarett eingeliefert mit dem Leben davonkommen. Die Rettungsmannschaften arbeiten jetzt in zwei Kolonnen. Auf Sohle 2 und 3 arbeiten sie sich an die Bergungslücken heran. Bisher hat man noch nicht feststellen können, wo der Kohlenäureausbruch erfolgt ist.

Ueber die Aussicht, die 75 Eingeschlossenen noch lebend anzutreffen, äußert sich die Direktion in der Mitteilung sehr pessimistisch.

Ueber die Ursache der Katastrophe wird bekannt, daß der Ausbruch der Kohlenäure vermutlich durch einen Sprengschlag ausgelöst worden ist, der ein Gasnetz öffnete. Die Gase verbreiteten sich mit ungeheurer Geschwindigkeit im ganzen Revier. Die vor Ort arbeitenden Bergleute stürzten sofort benimmungslos zusammen, nur einige von den Schlegelern, die weiter entfernt von der Unfallstelle arbeiteten, konnten sich retten und die Belegschaft der Nachbarreviere alarmieren. Sofort wurden die Wettertüren zu dem Unglücksrevier abgedichtet, aber auch in den Nachbar-

revieren erlitt eine ganze Anzahl von Leuten Gasvergiftungen.

Ferner sollen an der Unglücksstelle mehrere Pfeiler zu Bruch gegangen sein, so daß die Lage der Eingeschlossenen noch bedenklicher geworden ist.

Von einem Vertreter des Oberbergamtes wird uns u. a. mitgeteilt: Das Neuroder Revier ist durch Kohlenäureausbrüche besonders gefährdet. Die von der Bergbehörde dagegen getroffenen Maßnahmen haben sich in vielen Fällen bewährt. Der heutige Ausbruch im Kurtschacht war von einem Ausmaß, wie er bisher in europäischen Revieren überhaupt noch nicht beobachtet wurde. Der Säureausbruch erschwerte leider auch die Bergungsarbeiten, weil die Rettungsmannschaften selbst außerordentlich gefährdet werden. Sofort nach dem Bekanntwerden der Katastrophe, von der die 17. und 18. Abteilung der Belegschaft des Kurtschachtes betroffen wurden, begannen die Rettungsarbeiten, an denen sich die Mannschaften aus dem gesamten Revier, Sanitätsmannschaften und Feuerwehreinheiten beteiligten.

40 Leichen wurden in das Neuroder Knappschaftslazarett überführt, die übrigen wurden vorläufig in den Gebäuden der Grubenverwaltung aufgebahrt. Bereits im Jahre 1927 forderte ein ähnliches Unglück auf der Wenzeslaus-Grube acht Todesopfer. Wie verlautet, waren Verhandlungen eingeleitet, um die Unglücksgrube stillzulegen.

Die Verhandlungen um die Regierungsbildung in Sachsen

Am Mittwoch nachmittag wurden die Verhandlungen um die Bildung einer marxistischen Regierung in Sachsen fortgesetzt. Beteiligt waren Vertreter der Fraktionen der Deutschnationalen, des Landvolks, der Wirtschaftspartei, der Nationalsozialisten, der Volkspartei, der Aufwertungspartei und des Christlichen Volksdienstes. Der Verhandlungsführer der Deutschnationalen, Dr. Eckardt, gab zunächst die Erklärung ab, daß die über die letzte Sitzung verbriefte Mitteilung, der nationalsozialistische Antrag über die Herabsetzung der Ministergehälter habe zum Abbruch der Verhandlungen geführt, nicht richtig war. Dann erklärte Abg. Dr. Blücher, daß die Volkspartei sich nunmehr schlüssig geworden sei, an den Bemühungen um das Aufstehen einer nicht-marxistischen Regierung mitzuarbeiten. Nach etwa einstündiger Beratung wurde die Verhandlung wieder abgebrochen, um den Fraktionen Gelegenheit zur Stellungnahme zu dem von den Nationalsozialisten gemachten Vorschlag zu geben, den Deutschnationalen das Ministerpräsidentium anzubieten und zu der Forderung der Nationalsozialisten, ihnen das Innenministerium und das Arbeitsministerium zu überlassen. Zur Frage der Landtagspräsidentenwahl wurde von volksparteilicher Seite der Vorschlag gemacht, das alte Präsidium als Rotbeiß bis zum Herbst weiter amtierend zu lassen. Die Verhandlungen sollen am Donnerstag mittag um 12 Uhr fortgesetzt werden.

„Graf Zeppelin“ über Norwegens Küste

Hamburg, 9. Juli. Die die Hamburg-Amerika-Linie mitteilt, befand sich „Graf Zeppelin“ um 1,30 Uhr mittags auf 57 Grad nördlicher Breite und 4 Grad östlicher Länge, um 4 Uhr nachmittags auf 58,15 Grad nördlicher Breite und 4,30 Grad östlicher Länge. Der angegebene Standort befindet sich etwa 100 Kilometer südwestlich von Stavanger. Um 5,15 Uhr nachmittags war das Luftschiff über Utsire an der norwegischen Küste, südlich des Farlinger Fjords und erreichte um 7 Uhr abends Bergen.

Die Untersuchung des Bornholmer Flugzeugunglücks

Berlin, 9. Juli. (Eig. Drahtmeldung.) Auf Bornholm fand vor dem deutschen Konsul wegen des Flugzeugunglücks die sogenannte Verklarung statt, bei der Flugzeugführer Kuring die notwendigen Erklärungen abgab. Auf Grund des hierbei aufgenommenen Protokolls wird dann das zuständige Seeamt in Sittin die weiteren Formalitäten erledigen. Im übrigen wird das Unglück die Untersuchungskommission der Luftfahrt noch eingehend beschäftigen. Flugzeugführer Kuring dürfte im Laufe des Donnerstags in Berlin eintreffen, um seine bisherigen Schilderungen durch einen eingehenden mündlichen Bericht zu ergänzen. Die Luftfahrt hat in Nord den Führer des Schoners „Maja“ vernommen lassen und hat noch heute einen Beauftragten nach der Insel Rügen bei Greifswald entsandt, um den Kapitän des Motorschiffes „Spee“ über seine Wahrnehmungen an der Unglücksstelle zu hören. Die Suche in dem Gebiete südlich von Bornholm nach dem Wrack des Flugbootes und den Leichen der ertrunkenen Insassen mußte wegen des Sturmes auf der Ostsee eingestellt werden. Die deutschen Torpedoboote liefen in Nord ein, da der außerordentlich hohe Seegang alle Beobachtungen unmöglich machte.

Französische Ozeanflieger auf hoher See niedergegangen

Dakar (Senegal), 9. Juli. Der französische Flieger Jean Mermoz, der, wie gemeldet, von Natal an der brasilianischen Küste zu einem Transozeanflug nach St. Louis in Senegal gestartet war, wurde durch eine Beschädigung des Leitrohrs gezwungen, auf hoher See niederzugesinken. Mermoz und seine Besatzer wurden gerettet.

Sieg der Labourregierung im Unterhaus

London, 9. Juli. Der liberale Abänderungsantrag zur Finanzvorlage, der verlangte, daß die Ausgaben für neue technische Ausrüstungen industrieller Unternehmen von der Einkommensteuer befreit würden, wurde mit 278 gegen 275 Stimmen abgelehnt. Die Regierungsmehrheit betrug demnach 3 Stimmen. Die Regierung wurde gerettet durch vier Liberale, die für sie stimmten. Während der Abstimmung herrschte große Aufregung, und als die Zahlen bekanntgegeben wurden, erhoben sich Rufe der Opposition: „Zurücktreten!“ Die Regierungsmehrheit antwortete mit Gegenemonstrationen. Als Snowden sich erhob und das Haus verließ, wurde er von der Arbeiterpartei mit lauten Beifallsrufen begrüßt.

Kardinal Bannuti gestorben. Kardinal Bannuti, das älteste Mitglied des Kardinalkollegiums, ist im Alter von 94 Jahren gestorben.
Vertrauensvotum für die finnische Regierung. Die Kammer hat in der Frage der Verhaftung der kommunistischen Abgeordneten der Regierung mit 106 gegen 58 Stimmen ihr Vertrauen ausgesprochen.

Das Kabinett hält fest an der Deckungsvorlage

Änderungen nur durch Initiativanträge im Reichstag

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 9. Juli. Als Ergebnis der Parteiführerbesprechung am Dienstagabend sind, wie bereits gemeldet, den Fraktionen neue Ergänzungsvorschläge der Reichsregierung übermittelt worden. Das Reichskabinett hat in einer Kabinettsitzung am Mittwochnachmittag beschlossen, grundsätzlich an ihrer Deckungsvorlage festzuhalten, aber

Ergänzungen in der Form von Initiativanträgen anzulassen.

Diese Ergänzungen, die zwischen den Parteien vor allen Dingen auf volksparteiliche Initiative hin mit der Regierung vereinbart worden sind, haben im einzelnen folgenden Wortlaut:

1. Die Streichungen am Haushaltsplan 1930 sollen „mindestens 100 Millionen“ betragen.
2. Der § 103 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes erhält folgenden neuen Absatz: Der Höchstbetrag der Reichsdarlehen an die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung muß vom 1. April 1931 ab jeweils im Haushaltgesetz festgelegt werden.
3. Die Gemeinden sollen ermächtigt werden, eine Bürgerabgabe zu erheben. Zu diesem Zweck wird ein Bürgersteuergesetz

unterbreitet, in dem unter anderem folgende Bestimmungen enthalten sind: Die Gemeinden erheben eine Bürgersteuer nach Maßgabe der folgenden Vorschriften: Steuerpflichtig ist, wer in der Gemeinde wahlberechtigt ist. Die Steuer darf nicht erhoben werden von Personen, die vom Wahlrecht ausgeschlossen sind, bei denen die Ausübung des Wahlrechtes ruht, die rechtlich in der Ausübung des Wahlrechtes behindert sind, die seit einem Monat vor dem im Gesetz bezeichneten Stichtag laufend öffentliche Fürsorge genießen. Der Reichsfinanzminister ist ermächtigt, mit Zustimmung des Reichsrats weitere Personenkreise von der Steuerpflicht zu befreien. Die Höhe der Bürgersteuer wird von den Ländern kraft eigenen Rechts bestimmt.

Dabei darf für das Rechnungsjahr kein niedrigerer Steuersatz bestimmt werden als sechs Mark. Bei Personen, die der Lohnsteuer nicht unterliegen, wird der Satz auf die Hälfte festgesetzt. Für Ehegatten beträgt der Satz das 1/4 des einfachen Satzes. Eine Staffelung der Höhe ist ausgeschlossen.

Mahgebend für die Steuerpflicht sind die Verhältnisse am 10. Oktober eines jeden Jahres. Das ist das Datum der allgemeinen Personenstandsaufnahme.

Vom 1. April 1931 ab ist das Einkommen an Bürgersteuern von der Gemeinde zur Deckung der Realsteuern lassen zu verwenden.

Mahgebend für die Senkung sind die am 1. Juli 1930 geltenden Gemeindesteuererläge. Von diesen Steuererlägen ist der Betrag abzuziehen, der dem voraussichtlichen Einkommen an Bürgersteuern des Rechnungsjahres entspricht. Fälligkeit und Art der Einziehung der Bürgersteuer bestimmen die Gemeinden, denen auch die Verwaltung obliegt. Eine Uebertragung der Verwaltung auf die Reichsfinanzbehörden ist nicht zulässig. Eine Einhebung im Wege des Steuerabzuges vom Arbeitslohn findet nicht statt. Dieses Gesetz soll am 1. Oktober 1930 in Kraft treten und für das Rechnungsjahr 1930 soll die Bürgersteuer samt Zuschlägen in voller Höhe bereits erhoben werden.

Am Spätnachmittag des Mittwoch traten nun die Fraktionen

zusammen, um sich mit diesen Vorschlägen zu befassen. Die Volkspartei stimmte diesen Vorschlägen zu und verlangt lediglich, daß sie zusammen mit der übrigen Deckungsvorlage als ein einheitliches Ganzes behandelt werden. Desgleichen hat die Wirtschaftspartei ihre Zustimmung ausgesprochen, die Bayerische Volkspartei lehnt jedoch die Bürgerabgabe ab. Der Bauernbund erklärte bereits im Plenum, er werde nicht mehr auf die Vermutung eines Junktimis kriechen. Eine besondere Komplizierung erfährt die Lage durch eine Erklärung der demokratischen Reichstagsfraktion, die den ergänzenden Vorschlägen zum Deckungsprogramm nur dann zustimmen will, wenn dem jetzigen Programm eine Vorlage über eine Schenk- und Verzehrssteuer hinzugefügt wird. Die Demokraten begründen diese Haltung damit, daß die jetzige Vorlage zur Sanierung der Gemeindefinanzen nicht ausreicht und daß sie es nicht verantworten könnten, eine Kopfsteuer ohne Alkoholbelastung einzuführen. Diese demokratische Forderung hat ihrerseits die Wirtschaftspartei auf den Plan gerufen, die bekanntlich jeder Schenk- und Verzehrssteuer scharf ablehnend gegenübersteht. Auch die Zentrumsfraktion entschloß sich, den Vorschlägen ihre Zustimmung zu erteilen.

Gegen 1/10 Uhr begann dann

die dritte Kabinettsitzung des Tages, die sich wiederum bis in die späten Nachstunden erstreckte. Das Reichskabinett beschloß, an seinen Entschlüssen aus der ersten Mittwochsitzung festzuhalten, das heißt es ist bereit, anzustimmen, daß in Ergänzung zu ihren eigenen Vorlagen die Regierungsparteien die oben bezeichneten Vorschläge in der Form als Initiativgesetz einbringen.